

Bundesrätin Ruth Dreifuss zum Mindesteinkommen : "Ich bin gegen ein solches System" : Begleitung und Beratung in der Sozialhilfe sind zentral

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe :
Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge,
Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft**

Band (Jahr): **91 (1994)**

Heft 7

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-838441>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bundesrätin Ruth Dreifuss zum Mindesteinkommen: «Ich bin gegen ein solches System»

Begleitung und Beratung in der Sozialhilfe sind zentral

Die Sozialhilfe muss nach Ansicht von Bundesrätin Ruth Dreifuss heute zu viele Aufgaben wahrnehmen, die eigentlich auf der Ebene der Sozialversicherungen gelöst werden sollten. Trotzdem sieht sie die Sozialhilfe nicht einfach als Lückenbüsserin, sondern betont deren Stellenwert in der Beratung und Begleitung der Menschen, die sich im Dschungel der Sozialversicherungen nicht zurechtfinden oder in einer bestimmten Lebenssituation überfordert sind. Von (allzu) einfachen Lösungen hält die Sozialministerin nichts: Der Einführung eines garantierten Mindesteinkommens erteilte sie in Basel eine klare Absage.

Roger de Weck: *Nicht nur bei der AHV stellt sich die Finanzierungsfrage. Alles deutet darauf hin, dass unser soziales System teurer wird und nicht billiger. Kann man der Schweizer Bevölkerung noch ein paar Lohnprozente mehr zumuten.*

Ruth Dreifuss: Der Schweizer Bevölkerung, würde ich sagen: sicher. Das Problem wird sein, wie viel wir der Schweizer Wirtschaft noch zumuten können, ohne deren Konkurrenzfähigkeit zu gefährden. Dabei geht es zum Teil, zum Beispiel bei der IV, nur um Lohnpromille, nicht um Lohnprozente, und das macht weniger aus, als die Währungsschwankungen, die unsere Wirtschaft verdaut, verdauen kann. Diese Grössenordnungen sollte man nicht aus den Augen verlieren. Die Lohnprozente zur Finanzierung

der AHV und IV haben sich seit der Gründung der AHV bis heute etwa verdoppelt. Die Renten hingegen sind nominell um 300 Prozent gestiegen, weil die Finanzierungsmethode es erlaubt, von einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung zu profitieren.

Eine wichtige Frage ist: was verträgt die Wirtschaft, ab wann gibt es diesen «effet pervers», dass man keine Leute mehr anstellt, weil die Arbeit im Vergleich zum Kapital zu teuer wird? Es sind wirtschaftliche Diskussionen, die am besten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geführt werden. Es gibt in dieser Frage keine heilige Zahl.

Roger de Weck: *Noch etwas konkreter: Sind wir an der Grenze dieser Verträglichkeit, oder liegt noch einiges drinn?*

Ruth Dreifuss: Es liegt noch etwas drinn. Ob es Promille oder Prozente sind, darauf möchte ich mich heute nicht festlegen. Viel liegt wahrscheinlich nicht drin, wenn wir die Verschiebung von der Arbeit zum Kapital nicht beschleunigen wollen. Diese Entwicklung hängt jedoch nicht nur von den Lohnprozenten ab. Die Schweiz ist kein Billiglohnland und wird es nie mehr sein.

Roger de Weck: *Die wirtschaftliche Situation hat Auswirkungen auf den Bund. Dieser schiebt Lasten auf die Kantone und Gemeinden ab. Wird diese Entwicklung wei-*

tergehen? Können Sie dazu ein klares Wort sagen: schlimmer als jetzt wird es nicht?

Ruth Dreifuss: Die einzige Möglichkeit, damit es nicht schlimmer wird, ist, mehr über die Folgen dieser Beschlüsse miteinander zu sprechen. Es darf nicht sein, dass jeder bei solchen Entscheiden nur sein Budget vor Augen hat. Wir müssen die Sicht für das Gesamte wieder zurückgewinnen. Die Diskussion die ich jetzt beispielsweise im Bundesrat führe, dreht sich um die Frage: Wie viel könnte der Bund bei seinen Einzahlungen in den AHV-Fonds einsparen und mit welchen Folgen? Es geht um die Frage, wo der Bund sparen kann, ohne dass ein Mehrfaches an Schäden entsteht. Wenn die Teildynamisierung der AHV tangiert wird, dann spart der Bund einen Franken und der Rentner verliert fünf Franken. Diese Diskussionen werden heute viel zu ideologisch geführt, und die Konsequenzen werden zu wenig beachtet.

Roger de Weck: *Wenn immer mehr Aufgaben auf den Kantonen und Gemeinden lasten, stellt sich dann nicht die Frage, ob nicht auch die Kompetenzen nach unten delegiert werden müssten?*

Ruth Dreifuss: Ich sehe hier weniger eine politische, mehr eine praktische Gefahr. Die Kantone haben jetzt Kompetenzen, die sie fast nicht mehr wahrnehmen können. Ein Beispiel: Die Ergänzungsleistungen sind eine sehr wichtige Einrichtung. Wir müssen akzeptieren, dass die EL bleiben werden und nicht mehr den vorübergehenden Charakter haben, von dem man bei deren Einführung noch ausging. Hier haben wir eine Teilung der Kompetenzen und der Zahlungen zwischen Bund

und Kantonen. Aber mir ist bewusst, dass die EL die Wachstumsbranche sind, da immer mehr Menschen sehr alt werden und die letzten Jahre in einem Heim leben. Das Problem ist die krasse Umverteilung der Ausgaben; eine mögliche Umverteilung der Kompetenzen macht mir weniger Sorgen.

Roger de Weck: *Unser Sozialsystem ist unheimlich kompliziert, ein soziales Labyrinth von Kassen und Versicherungssystemen.*

Ruth Dreifuss: Es gibt eine einfache Lösung: Man baut alles ab und gibt jedem ein Mindesteinkommen. Ich bin gegen ein solches System, bei dem man die Zielsetzung aus den Augen verlieren würde: die Integration und die Begleitung. Wir müssen mit diesen verschiedenen Institutionen weiterleben. Sie kennen die Diskussion über das Harmonisierungsgesetz der Sozialversicherungen . . .

Roger de Weck: . . . *das ist aber eingefroren.*

Ruth Dreifuss: Nein, es ist am Auftauen. – Sagen wir es so: Das Harmonisierungsgesetz ist aus der Tiefkühltruhe herausgenommen und im Kühlschrank am Auftauen. Ein Harmonisierungsgesetz sollte auch inhaltlich, materiell etwas bringen. Das Auftauen müssen wir begleiten. Die bestehenden Lücken zwischen den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherungen müssen geschlossen werden.

Roger de Weck: *Dürfen wir von Ihnen hier entschiedene Impulse erwarten?*

Ruth Dreifuss: Wenn sie unter verschiedenen Impulsen die Beharrlich-

keit verstehen, etwas nicht mehr aus den Händen zu lassen, bis es am Ziel ist, dann ja. Wenn Sie von mir erwarten, dass ich das alte System abschaffe und ein neues vorschlage, dann nicht.

Roger de Weck: *Bezeichnend für den sozialen Dschungel heute ist, dass sehr viele Leute auf einen Entscheid der Arbeitslosenkasse oder der IV warten und deshalb Sozialhilfe beanspruchen müssen. Ist diese Situation nicht unhaltbar, und was wollen Sie dagegen tun?*

Ruth Dreifuss: Es ist unakzeptabel, dass es wegen der Langsamkeit der

Entscheidung zu einer Verlagerung auf die Sozialhilfe kommt. Diesen Missstand müssen wir bekämpfen. Mit der Regionalisierung der IV sind Schritte in diese Richtung eingeleitet. Wir müssen bei der Revision der Arbeitslosenversicherung, dies ist meine Meinung, die Möglichkeit, Vorschüsse zu gewähren, ausbauen. Das Schlimmste ist nicht der Aufwand. Das Schlimmste ist, dass jemand, der noch kein Sozialfall ist und alles tut, um dies zu verhindern, als erstes zum Sozialamt gehen muss, um einen Vorschuss zu verlangen.

Zum Stadt-Land-Gefälle

«Während sich für die Armutsquoten grosso modo eine Gleichverteilung über die verschiedenen Gemeindegrößen zeigt, gilt dies nicht für die Fürsorgequote. Diese steigt mit zunehmender Einwohnerzahl ganz markant an. Dies bedeutet, dass die «Dunkelziffern» in kleinen Gemeinden bzw., wie wir annehmen, in ländlichen Gemeinden sehr viel grösser ist als in den städtischen Gemeinden. (...) Trifft es zu, dass der ländliche Kontext durch eine vergleichsweise hohe, im besonderen von privatisierten Beziehungen geprägte Sozialkontrolle gekennzeichnet ist und man hier soziale Abweichung viel weniger duldet als im urbanen Kontext, dann ergibt es sich zwangsläufig, dass Bezügerinnen und Bezüger von öffentlicher Sozialhilfe hier einer grösseren Stigmatisierung ausgesetzt sind. Eben weil sie gleichsam per definitionem einer Randgruppe angehören, mit einem «Defizit» behaftet werden und als «Alkoholiker», «Drogenabhängige»,

«Arbeitsscheue», «psychisch Ange-schlagene», «nicht vermittelbare Arbeitslose» usw. gelten. Und genau dies wird ihnen im ländlichen Kontext, wo man sich – wie es heisst – ja noch kennt, in sehr viel direkterer Weise zum Ausdruck gebracht als im anonymen städtischen Kontext.

Gleichzeitig ist anzunehmen, dass all jene Armen, die sich durchschlagen, ohne fürsorgeabhängig zu werden, auch im ländlichen Kontext durchaus vom sozialen Netz getragen werden. Dieses soziale Netz dürfte hier, wo Subsistenzwirtschaft und billiges Wohnen noch eher möglich sind, wo Nachbarschaftsbeziehungen in stärkerem Mass gepflegt werden usw., gar noch besser sein als im städtischen. Nur eines darf die auf dem Land von Armut betroffene Person nicht tun – so möchte ich es sehr überspitzt formulieren – nämlich, öffentliche Sozialhilfe beantragen.»

*Kurt Wyss:
aus «Sozialhilfe/NFP 29»*

Roger de Weck: *Sehen Sie tiefgreifende Veränderungen in unserem sozialen System als Chance oder als Gefahr?*

Ruth Dreifuss: Wir haben Lücken, die wir füllen müssen. Ich finde, dass eine Diskussion über das «Giesskannenprinzip» im Sinne von «warum sollen Leute, welche die Leistungen nicht brauchen, vom Sozialversicherungssystem profitieren?», nicht sehr reformorientiert ist.

Roger de Weck: *Grössere Gemeinden können sich einen professionellen Sozialdienst leisten, während kleinere und finanzschwächere Gemeinden die Sozialhilfe im Milizsystem bewältigen müssen. Wie sehen Sie die Entwicklung der Sozialhilfe in der Schweiz?*

Ruth Dreifuss: Die Unterschiede sind immens; dies entnehme ich den Ergebnissen des Nationalen Forschungsprogramms 29. (Siehe dazu Kasten auf Seite 103) Die Beschlüsse über einen Einzelnen, die Berücksichtigung der Privatsphäre, die Beurteilung eines Lebensstils: das ist natürlich in kleinen Gemeinden sehr oft problematisch. Heisst das nun, dass eine eidgenössische Lösung gesucht werden soll? Es ist in der Verantwortung der Kantone, diese Abhängigkeit der Hilfesuchenden von den Mitbewohnern und ihrer Toleranz aufzulockern.

Sie erinnern mich an einen Fall einer Frau aus der Ostschweiz, die jede Woche auf der Gemeinde Geld für sich und ihre drei Kinder abholen musste, da ihr Mann verschwunden war. Sie war sich bewusst, dass das ganze Dorf beobachtete, was sie nun mit dem Geld der Gemeinde einkaufen ging. – Nicht im Dorf einkaufen zu gehen, wäre noch schlimmer gewesen . . . Ihre Situation

hat sich total geändert, als die Nachricht eintraf, ihr Mann sei in Südamerika gestorben – da war sie plötzlich eine AHV-Witwe. Mit diesem Beispiel möchte ich zeigen, warum ich die Sozialversicherungen und die Sozialhilfe gemeinsam betrachten möchte, aber doch die Sozialversicherungen als Grundnetz sehr hoch halte.

Roger de Weck: *Das führt mich doch zur Gretchenfrage zur Sozialhilfe. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann ist Ihre Haltung zur Sozialhilfe ambivalent. Sie sehen sie als Lückenbüsserin, weil das Sozialversicherungsnetz zu viele Lücken hat. Ist es Ihre Philosophie, dass es die Sozialhilfe gar nicht geben dürfte, wenn das soziale Netz tragfähig genug wäre. Der Trend geht ja in die entgegengesetzte Richtung.*

Ruth Dreifuss: Der Trend ging historisch sehr weit in diese Richtung, und der Pendel schlägt nun zurück. Diese Entwicklung scheint mir verheerend. Das heisst nicht, dass ich das Ende der Sozialhilfe sehe oder wünsche. Die Sozialversicherungen bleiben ein wenig die «monstres froids». Sie können nicht diese persönliche Begleitung und Unterstützung gewähren, welche viele Menschen benötigen. Ein Leben sollte eine Einheit bilden, ein Leben sollte ein Projekt beinhalten; die Menschen sollten spüren, dass ihr Leben nicht durch Risiken, denen sie unterliegen, zerstückelt wird. Ein Mensch, ein Leben wird gebrochen und zerstückelt, wenn man ihn wie einen Schwarzpeter von einer Institution zur andern weiterschiebt. Die Sozialhilfe sollte die Kontinuität, die Begleitung in den Uebergängen gewährleisten, damit das Ganzheitliche am Mensch gewahrt bleibt.

Roger de Weck: *Aber trotzdem sind sie mit mir einverstanden, dass die Sozialhilfe ebensoviel Professionalität, ebensoviel Nachdruck, ebensoviel Engagement, ebensoviel Geld und Zuneigung verdient wie die andern Teile des sozialen Systems?*

Ruth Dreifuss: Nur einem «ebensoviel» kann ich nicht zustimmen, das ist Ihr «ebensoviel Geld». Schauen wir die Proportionen der Geldströme in der Sozialhilfe an und was die Sozialversicherungen an Geldströmen verwalten. Ich wünsche mir in der Sozialhilfe nicht ebensoviel Geld und wünsche

keine Begrenzung der Geldflüsse in der Sozialversicherung.

Roger de Weck: *Zum Schluss zwei ganz kurze Fragen: Was wollen Sie tun, wenn gegen die 10. AHV-Revision das Referendum ergriffen wird und die Vorlage bachab geht?*

Ruth Dreifuss: Nochmals anfangen. Man kann ja eine Niederlage auf diesem Gebiet nicht als Schlusswort betrachten. Es wäre natürlich sehr traurig, wenn diese reformierte Lösung in einem Scherbenhaufen enden würde.

cab

Veranstaltungen

«Hau ab – chumm – säg!» – Familie und Kulturkonflikt

Die Schweiz ist – ob man das will oder nicht – eine Einwanderungsgesellschaft. Dass das Zusammenleben von Einheimischen und Fremden in der Familie, in der Ehe nicht nur eitel Wonne ist, ist hinlänglich bekannt. Anlässlich des Internationalen Jahrs der Familie organisiert CH 701 eine Tagung zum Thema Familie und Kulturkonflikt. Am Morgen referieren der Psychiater Dr. Berthold Rothschild, die Psychoanalytikerin Kazuko Pfeiffer-Egawa über die japanische und der Soziologe Dr. Matthias Ezeoba über

die nigerianische Streitkultur. Am Nachmittag werden die Thesen zu Streitkultur und Kulturkonflikt in Workshops vertieft.

Die Tagung zum Jahr der Familie findet statt am Freitag, 02.09.94 im Schloss Lenzburg. Die Teilnahme kostet 120.– Fr. inkl. Essen und Getränke (für Studierende 60.– Fr.) Die Tagungsunterlagen können angefordert werden im: Sekretariat Stapferhaus, Schloss, 5600 Lenzburg, Tel.: 064/51 57 51; Fax: 064/52 07 57.

Die Mitarbeitenden an dieser Nummer:

- Charlotte Alfrev-Bieri, Langnau
- Edwin Bigger, Gossau